

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

221

Nr. 11

München, den 13. Mai

1983

Datum	Inhalt	Seite
3. 5. 1983	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung (Zuständigkeitsübertragungsverordnung Landwirtschaft – ZustÜVL).....	221
12. 4. 1983	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen für Sozialversicherungsfachangestellte in der Arbeiterrentenversicherung.....	222
15. 4. 1983	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die bayerischen Studentenwerke	222
19. 4. 1983	Sechste Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS.....	222
28. 4. 1983	Fünfte Verordnung zur Änderung der Hochschulvergabeverordnung.....	223
29. 4. 1983	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Curricularnormwerten.....	227

Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung (Zuständigkeitsübertragungs- verordnung Landwirtschaft – ZustÜVL)

Vom 3. Mai 1983

§ 1

Übertragung von Zuständigkeiten

Die Bayerische Staatsregierung überträgt die nachstehenden Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen:

1. auf das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 - a) auf Grund von § 10 Abs. 2 und § 22 Abs. 1 Satz 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (**Milch- und Fettgesetz**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1952 (BGBl I S. 811), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl I S. 3341),
die Ermächtigungen nach § 10 Abs. 2 und § 22 Abs. 1 Sätze 1 und 2 des Milch- und Fettgesetzes; Rechtsverordnungen auf Grund des § 10 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes ergehen im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und für Wirtschaft und Verkehr,
 - b) auf Grund des § 21 des **Tierzuchtgesetzes** (TierZG) vom 20. April 1976 (BGBl I S. 1045)
die Ermächtigungen nach § 2 Abs. 4, § 6 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 14 Abs. 5, § 16, § 18 Abs. 4, § 19

Abs. 3 und § 20 TierZG; Rechtsverordnungen auf Grund von § 6 Abs. 2 Nr. 3, § 18 Abs. 4 und § 19 Abs. 3 TierZG ergehen im Benehmen, Rechtsverordnungen auf Grund des § 20 TierZG im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern,

- c) auf Grund des § 14d des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (**Vieh- und Fleischgesetz**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 1977 (BGBl I S. 477)

die Ermächtigungen nach § 14 Abs. 2, § 14a Abs. 4 und § 14b Abs. 3 des Vieh- und Fleischgesetzes,

2. auf das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr auf Grund des § 20 Abs. 2 Satz 1 des **Milch- und Fettgesetzes**

die Ermächtigung nach dieser Vorschrift.

§ 2

Übergangs- und Schlußvorschriften

- (1) Diese Verordnung tritt am 20. Mai 1983 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten außer Kraft:
 1. die Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen für den Vollzug des Milch- und Fettgesetzes vom 13. Oktober 1960 (GVBl S. 236),
 2. die Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach dem Tierzuchtgesetz vom 17. September 1976 (GVBl S. 373).
- (3) Soweit andere Vorschriften des Landesrechts im Range unter dem Gesetz auf den aufgehobenen Vorschriften beruhen oder auf sie verweisen, treten an deren Stelle die Bestimmungen dieser Verordnung.

München, den 3. Mai 1983

Der Bayerische Ministerpräsident
Franz Josef Strauß

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung von Fort- bildungsprüfungen für Sozial- versicherungsfachangestellte in der Arbeiterrentenversicherung

Vom 12. April 1983

Auf Grund des § 46 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes und des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes vom 23. Juni 1970 (GVBl S. 246), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1979 (GVBl S. 435), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung folgende vom Berufsbildungsausschuß am 17. Februar 1983 beschlossene Verordnung:

§ 1

§ 17 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen für Sozialversicherungsfachangestellte in der Arbeiterrentenversicherung (FPO-ARV) vom 3. Mai 1977 (GVBl S. 304) erhält folgende Fassung:

„Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind von mindestens zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses getrennt und selbständig zu bewerten, wobei alle Mitglieder zu gleichen Teilen beteiligt werden sollen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1983 in Kraft.

München, den 12. April 1983

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung**
Dr. Fritz P i r k l, Staatsminister

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die bayerischen Studenten- werke

Vom 15. April 1983

Auf Grund von Art. 82 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2, Art. 83 Abs. 2 und Art. 90 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1978 (GVBl S. 791, ber. S. 958), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. September 1982 (GVBl S. 722), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die bayerischen Studentenwerke (StudWV) vom 20. Mai 1974 (GVBl S. 240), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 1978 (GVBl S. 956), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1;
- b) es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Den Studentenwerken obliegt ferner die Betreuung der französischen Studenten, die im Besitz der Berechtigungskarte nach der deutsch-französischen Vereinbarung über die Schaffung einer deutsch-französischen Berechtigungskarte für die Benutzung der Einrichtungen der Studentenwerke beider Länder durch deutsche und französische Studierende vom 10. Juli 1980 (BGBl II 1983 S. 38) sind.“

2. In § 4 Abs. 5 Satz 3 wird das Wort „bis“ durch das Wort „und“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1983 in Kraft.

München, den 15. April 1983

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans M a i e r, Staatsminister

Sechste Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS

Vom 19. April 1983

Auf Grund des Art. 18 Abs. 1 Nrn. 1 bis 11 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen – Staatsvertrag – vom 23. Juni 1978 (GVBl S. 769) sowie des Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung ZVS) vom 13. Mai 1980 (GVBl S. 223), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. November 1982 (GVBl S. 1027), wird wie folgt geändert:

1. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:
„Die Auswahl im Rahmen der Quote nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 setzt voraus, daß der Studiengang eine sinnvolle Ergänzung des Erststudiums darstellt.“;
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Eine sinnvolle Ergänzung des Erststudiums liegt vor, wenn

1. der Bewerber einen Beruf anstrebt, der nur auf Grund zweier abgeschlossener Studiengänge ausgeübt werden kann,
oder
2. das Zweitstudium aus wissenschaftlichen Gründen zu befürworten ist
oder
3. der Bewerber einen Beruf anstrebt, dessen Ausübung durch den Abschluß beider Studiengänge erheblich verbessert wird.

Bewerber, die im Vertrauen auf die Möglichkeit eines weiteren Studiums ihr Erststudium spätestens zum Wintersemester 1974/75 aufgenommen haben, sind von dem Erfordernis der sinnvollen Ergänzung befreit, sofern sie sich unverzüglich nach Abschluß des Erststudiums um die Zulassung zu dem weiteren Studium beworben haben.“

2. In Anlage 1 Satz 3 werden die Worte „Sommersemester 1983“ durch die Worte „Wintersemester 1983/84“ ersetzt.
3. In Anlage 3 wird folgende Nummer 11 angefügt:

„11. ¹Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die an den deutsch-französischen Gymnasien ab dem Abiturtermin 1982 erworben werden, wird der in den Zeugnissen gemäß Artikel 30 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vom 10. Februar 1972 ausgewiesene „allgemeine Notendurchschnitt“ bei der Rangplatzbestimmung zugrundegelegt. ²Für die Umrechnung des „allgemeinen Notendurchschnitts“ wird der für die Europäischen Schulen geltende Umrechnungsschlüssel (Beschuß der Kultusministerkonferenz vom 3. Dezember 1976 in der Fassung vom 25. Juni 1981) angewendet. ³Bei Absolventen der deutsch-französischen Gymnasien in Freiburg und Saarbrücken werden für das Abitur 1982 und 1983 weiterhin die derzeit noch geltenden Richtlinien angewendet, sofern durch die Neuregelung im Einzelfall eine Verschlechterung der Durchschnittsnote eintritt. ⁴Die nach diesem Verfahren umgerechnete allgemeine Durchschnittsnote wird zusätzlich zum „allgemeinen Notendurchschnitt“ im „Zeugnis über das Bestehen des deutsch-französischen Abiturs“ ausgewiesen und durch den Stempelzusatz „Durchschnittsnote gemäß Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen“ gekennzeichnet.“

4. Anlage 6 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Unter „Nordrhein-Westfalen“ wird der Ortsname „Neuss“ gestrichen;
- b) unter „Saarland“ wird der Ortsname „Neunkirchen“ gestrichen.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1983 in Kraft. ²Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 1983/84. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 gilt § 1 Nr. 1 rückwirkend auch für das Vergabeverfahren zum Sommersemester 1983.

München, den 19. April 1983

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans M a i e r, Staatsminister

Fünfte Verordnung zur Änderung der Hochschul- vergabeverordnung

Vom 28. April 1983

Auf Grund von Art. 4 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1 und Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen (Hochschulvergabeverordnung – HSchVV) vom 20. Juni 1980 (GVBl S. 292), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 1982 (GVBl S. 1119), wird wie folgt geändert:

1. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3

Zulassungsantrag

(1) Der Zulassungsantrag muß für das Sommersemester bis zum 15. Januar, für das Wintersemester für Fachhochschulstudiengänge bis zum 15. Juni, für Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen (ohne Fachhochschulstudiengänge) bis zum 15. Juli bei der Hochschule eingegangen sein (Ausschlußfristen).

(2) ¹Soweit Hochschulzugangsberechtigungen, die an einem Abendgymnasium oder Institut zur Erlangung der Hochschulreife (Kolleg) oder auf Grund einer Prüfung gemäß Beschluß der Kultusministerkonferenz über die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis vom 22. April 1959 (GMBl S. 264) in der Fassung vom 12. März 1970 (GMBl S. 244) oder durch die Vor- oder Abschlußprüfung in einem bayerischen Fachhochschulstudiengang oder im Rahmen von Prüfungen an Fachakademien erworben wurden, zu den Terminen nach Absatz 1 noch nicht vorliegen, ist für deren Nachreichung eine angemessene Nachfrist zu gewähren. ²Bei Zulassungsanträgen in Fachhochschulstudiengängen können Hochschulzugangsberechtigungen, die bei Ablauf der in Absatz 1 genannten Antragsfrist noch nicht vorliegen, ohne besonderen Antrag bis 15. Juli nachgereicht werden; angemessene weitere Nachfristen können nur auf Antrag und nur in den in Satz 1 genannten Fällen gewährt werden.

(3) ¹Die Bewerbung für einen Studiengang, in dem ein Verfahren nach § 1 Satz 1 Nr. 1 durchgeführt wird, ist ausschließlich an die Hochschule zu richten, an der der Bewerber in erster Linie zugelassen werden will. ²Hierbei kann der Bewerber weitere Hochschulen, an denen er hilfsweise zugelassen werden will, in einer Reihenfolge benennen. ³Richtet ein Bewerber Zulassungsanträge an mehrere Hochschulen, wird nur über den letzten, noch fristgerecht bei einer Hochschule eingegangenen Antrag entschieden. ⁴Bei Eingang am gleichen Tag entscheidet das Los. ⁵Die Bewerbung für einen weiteren Studiengang bedarf eines gesonderten Antrags, die hilfsweise Benennung anderer Studiengänge im Antrag ist nicht zulässig. ⁶§ 3 Abs. 3 der Vergabeverordnung ZVS findet insoweit keine Anwendung.

(4) Als Studiengang im Sinn dieser Verordnung gilt auch ein Studienfach eines Lehramtsstudien-

gangs oder eine Studienrichtung eines Fachhochschulstudiengangs.“

2. § 13 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹In den Fachhochschulstudiengängen Architektur, Informatik und Sozialwesen wird ein Verfahren nach § 1 Satz 1 Nr. 1 durchgeführt.“

3. In § 14 Abs. 2 Satz 1 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„bei Fachhochschulen tritt dabei an die Stelle der Aufstellung für das Land Bayern der Anlage 2 zur Vergabeverordnung ZVS die Anlage 2 dieser Verordnung.“

4. Die bisherige Anlage wird Anlage 1 und wie folgt ergänzt:

„4. Fachhochschule München

Betriebswirtschaft in der Studienrichtung Betriebswirtschaft

5. Fachhochschule Nürnberg

Elektrotechnik

6. Fachhochschule Regensburg

- a) Betriebswirtschaft
- b) Elektrotechnik“

5. Nach Anlage 1 wird folgende Anlage 2 eingefügt:

„Anlage 2

Zuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte zu den Studienorten mit Fachhochschulstudiengängen nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2

Kreise	Augsburg	Coburg	Kempten	Landshut	München	Nürnberg	Regensburg	Rosenheim	Weihenstephan	Würzburg-Schweinfurt	Bamberg
Kreisfreie Städte											
Amberg	9	8	11	4	7	1	2	10	6	5	3
Ansbach	5	6	10	9	7	1	4	11	8	2	3
Aschaffenburg	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Augsburg	1	11	4	5	2	8	7	6	3	10	9
Bamberg	8	2	10	7	5	2	4	9	6	3	1
Bayreuth	8	1	10	6	5	1	3	10	7	4	2
Coburg	9	1	11	8	6	3	5	10	7	4	2
Erlangen	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Fürth	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Hof	9	1	11	8	6	3	5	10	7	4	2
Ingolstadt	4	11	10	6	1	5	3	7	2	9	8
Kaufbeuren	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Kempten (Allgäu)	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Landshut	6	11	8	1	3	7	4	5	2	10	9
Memmingen	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
München	3	11	7	5	1	8	6	4	2	10	9
Nürnberg	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Passau	6	11	9	1	4	7	2	5	3	10	8
Regensburg	7	10	11	2	5	4	1	8	3	9	6
Rosenheim	5	11	7	4	2	8	6	1	3	10	9
Schwabach	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Schweinfurt	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Straubing	6	10	11	2	4	5	1	7	3	9	8
Weiden i. d. OPf.	9	5	11	4	8	2	1	10	6	7	3
Würzburg	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2

Kreise	Augsburg	Coburg	Kempten	Landshut	München	Nürnberg	Regensburg	Rosenheim	Weihenstephan	Würzburg-Schweinfurt	Bamberg
Landkreise											
Aichach-Friedberg	1	11	4	5	2	8	7	6	3	9	10
Altötting	6	11	7	1	2	7	5	3	4	10	9
Amberg-Sulzbach	9	8	11	4	7	1	2	10	6	5	3
Ansbach	5	6	10	9	7	1	4	11	8	2	3
Aschaffenburg	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Augsburg	1	11	3	5	2	8	7	6	4	9	10
Bad Kissingen	6	3	10	9	7	4	5	11	8	1	2
Bad Tölz-Wolfratshausen	4	11	5	6	1	8	7	2	3	10	9
Bamberg	8	2	10	7	5	2	4	9	6	3	1
Bayreuth	7	1	9	5	4	1	2	8	6	3	1
Berchtesgadener Land	5	11	7	4	2	8	6	1	3	10	9
Cham	8	10	11	2	4	5	1	7	3	9	6
Coburg	6	1	11	9	7	3	5	10	8	4	2
Dachau	2	11	7	4	1	8	6	5	3	10	9
Deggendorf	7	10	11	1	4	6	2	5	3	9	8
Dillingen a. d. Donau	1	11	3	6	2	4	8	10	5	7	9
Dingolfing-Landau	6	11	10	1	4	7	3	5	2	9	8
Donau-Ries	1	11	9	6	3	2	7	10	5	4	8
Ebersberg	4	10	6	3	1	7	5	1	2	9	8
Eichstätt	4	11	10	6	1	2	3	7	5	9	8
Erding	4	10	7	1	1	6	5	3	2	9	8
Erlangen-Höchstadt	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Forchheim	4	2	9	8	5	1	3	8	6	2	1
Freising	5	10	7	2	2	6	3	4	1	9	8
Freyung-Grafenau	7	10	11	1	4	6	2	5	3	9	8
Fürstenfeldbruck	2	11	6	5	1	8	7	4	3	10	9
Fürth	6	5	11	9	7	1	4	10	8	3	2
Garmisch-Partenkirchen	4	11	2	6	1	8	7	3	5	10	9
Günzburg	1	11	2	6	3	8	7	5	4	9	10
Haßberge	4	1	8	7	5	2	3	9	6	1	1
Hof	9	1	11	8	6	3	5	10	7	4	2
Kelheim	5	9	10	1	3	4	1	6	2	8	7
Kitzingen	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Kronach	9	1	11	8	6	3	5	10	7	4	2
Kulmbach	8	1	10	9	5	2	4	9	6	3	1
Landsberg a. Lech	2	11	3	6	1	8	7	5	4	10	9
Landshut	6	11	8	1	3	7	4	5	2	10	9
Lichtenfels	6	1	11	9	7	3	5	10	8	4	2
Lindau (Bodensee)	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Main-Spessart	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Miesbach	3	10	5	4	1	7	6	1	2	9	8
Miltenberg	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Mühdorf a. Inn	5	10	7	1	1	6	4	2	3	9	8
München	4	11	7	5	1	8	6	3	2	10	9
Neu-Ulm	1	11	2	6	3	8	7	5	4	9	10
Neuburg-Schrobenhausen	1	11	7	6	2	4	5	8	3	10	9
Neumarkt i. d. OPf.	7	8	10	3	5	1	1	6	4	6	2
Neustadt a. d. Waldnaab	8	4	10	3	7	1	2	9	5	6	2
Neustadt a. d. Aisch-Bad											
Windsheim	5	3	9	8	6	1	4	10	7	1	2

Kreise	Augsburg	Coburg	Kempten	Landshut	München	Nürnberg	Regensburg	Rosenheim	Weihenstephan	Würzburg-Schweinfurt	Bamberg
Nürnberger Land	6	5	11	9	7	1	3	10	8	4	2
Oberallgäu	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Ostallgäu	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Passau	6	11	9	1	4	7	2	5	3	10	8
Pfaffenhofen a. d. Ilm	3	11	9	4	2	6	5	7	1	10	8
Regen	7	10	11	1	4	5	2	6	3	9	8
Regensburg	7	10	11	2	5	4	1	8	3	9	6
Rhön-Grabfeld	5	1	9	8	6	3	4	10	7	1	2
Rosenheim	5	11	7	4	2	8	6	1	3	10	9
Roth	5	6	11	9	7	1	3	10	8	4	2
Rottal-Inn	6	11	8	1	3	7	5	4	2	10	9
Schwandorf	9	8	11	3	6	2	1	10	4	7	5
Schweinfurt	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Starnberg	2	11	6	5	1	8	7	4	3	10	9
Straubing-Bogen	5	9	10	1	3	4	1	6	2	8	7
Tirschenreuth	8	3	10	4	7	1	1	9	6	5	2
Traunstein	5	11	7	4	2	8	6	1	3	10	9
Unterallgäu	2	11	1	6	3	8	7	5	4	9	10
Weilheim-Schongau	3	11	2	6	1	8	7	4	5	10	9
Weißenburg-Gunzenhausen	2	9	10	8	6	1	3	11	7	5	4
Würzburg	6	4	10	9	7	3	5	11	8	1	2
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	9	1	11	6	8	3	4	10	7	5	2 ¹

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1983 in Kraft. ²In Fachhochschulstudiengängen können Zulassungsanträge für das Wintersemester 1983/84 abweichend von § 1 Nr. 1 auch dann berücksichtigt werden, wenn sie bei der Hochschule bis zum 15. Juli 1983 eingegangen sind.

München, den 28. April 1983

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans M a i e r , Staatsminister.

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Curricularnorm- werten

Vom 29. April 1983

Auf Grund des Art. 7 Abs. 3 Satz 6 und Abs. 6 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. Juni 1978 (GVBl S. 769) sowie des Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Abschnitt D (Fachhochschulstudiengänge) der Anlage der Verordnung zur Festsetzung von Curricularnormwerten (Curricularnormwertverordnung - CNWV) vom 29. Juni 1982 (GVBl S. 415) erhält folgende Fassung:

„ D	Fachhochschulstudiengänge ³⁾	
D 01	Architektur	6,6
D 02	Bauingenieurwesen	6,4
D 03	Betriebswirtschaft (einschließlich Tourismus)	5,4
D 04	Elektrotechnik	6,4
D 05	Feinwerktechnik	6,4
D 06	Forstwirtschaft	6,9
D 07	Gartenbau	6,4
D 08	Holztechnik	6,4
D 09	Informatik	6,2
D 10	Innenarchitektur	6,6
D 11	Landwirtschaft	6,4
D 12	Landespflege	6,9
D 13	Physikalische Technik	6,4
D 14	Sozialwesen	6,4
D 15	Vermessungswesen (einschließlich Kartographie)	6,4
D 16	Versorgungstechnik	6,4

³⁾ Für die Betreuung der Studenten während der praktischen Studiensemester an der Ausbildungsstätte durch Lehrpersonen der Fachhochschule kann ein Zuschlag hinzugerechnet werden, der sich nach dem tatsächlichen Betreuungsaufwand im Semester des Stichtags nach § 5 Abs. 1 KapVO und in dem diesem vorausgehenden Semester richtet und 0,1 je praktisches Studiensemester nicht übersteigen darf.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1983 in Kraft.

München, den 29. April 1983

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans M a i e r , Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Süddeutscher Verlag
Postfach 20 22 20, 8000 München 2
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Der von der Bayerischen Staatskanzlei herausgegebene

FORTFÜHRUNGSNACHWEIS

zur **Bereinigten Sammlung des bayerischen Landesrechts**
1. 1. 1957 bis 31. 12. 1982

(Stand 1. 1. 1983)

ist soeben erschienen und kann zum Preis von 19,80 DM
zuzüglich Porto bezogen werden von der

C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, Wilhelmstraße 9, 8000 München 40

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2. Bezug nur durch den Verlag, Postfach 20 22 20, 8000 München 2, Postscheckkonto 63 611. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis jährlich DM 38,- (einschließlich MwSt). Einzelnummer bis 8 Seiten DM 2,30, für je weitere 4 angefangene Seiten DM -,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM -,50 + Versand. Dieser Einzelverkaufspreis gilt auch für Gesetzblätter, die vor dem 31. Dezember 1980 ausgegeben worden sind.